



**GREENPEACE**



Deutsche Umwelthilfe

## Offener Meeresschutz-Appell zur Umweltministerkonferenz

Die Strandung des Buckelwals an der deutschen Ostseeküste hat viele Menschen berührt und zu einem großen öffentlichen Interesse geführt. Welche Maßnahmen sollten Bund und Länder künftig ergreifen?

Die Meere vor unserer Haustür mit ihren Lebensgemeinschaften liegen den Menschen am Herzen. Gleichzeitig sind Nord- und Ostsee ökologisch überlastet. Das zeigen sowohl die jüngsten Zustandsbewertungen der Meeresschutzübereinkommen OSPAR und HELCOM als auch das verfehlt Ziel des guten Umweltzustands nach EU-Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie. Der Eintrag von Nähr- und Schadstoffen ist zu hoch, die Fischerei nicht nachhaltig. Beide Meere sind sehr durch Lärm belastet und stark industrialisiert. Die Geschichte des gestrandeten Buckelwals steht somit für uns exemplarisch für die Herausforderungen an die deutsche Meeresschutzpolitik.

45 Prozent der deutschen Nord- und Ostsee sind als Meeresschutzgebiete ausgewiesen. Es mangelt nicht an Instrumenten und Schutzmaßnahmen, doch es fehlt an der Ambition und Durchsetzung der Schutzziele. Wir appellieren an die Umweltminister\*innen in Bund und Ländern, den Meeresschutz vor der Haustür entschlossen anzugehen.

### Als unterzeichnende Naturschutzverbände fordern wir:

#### **Meeresschutz als gemeinsame politische Verantwortung**

Mit gesunden Meeren schützen wir unsere Lebensgrundlagen. Bund und Länder müssen noch in diesem Jahr einen gemeinsamen Aktionsplan Meeresschutz mit den wichtigsten Schutzmaßnahmen für die Nord- und Ostsee auf den Weg bringen. Zusammen mit dem MSRL-Maßnahmenprogramm schafft dieser Aktionsplan den Rahmen für eine nationale Meeresschutzverordnung bis zum Jahr 2028.

#### **Wirksame Meeresschutzgebiete: Fläche für die Natur**

Den Schutzziele zuwiderlaufende Aktivitäten wie der Einsatz von Grundslepp- und Stellnetzen müssen ausgeschlossen oder durch naturverträgliche Fanggeräte abgelöst werden. Zur Umsetzung des strengen Schutzes von zehn Prozent der deutschen Meeresflächen nach EU-Biodiversitätsstrategie sollte mindestens die Hälfte der heutigen Meeresschutzgebiete vollständig ungenutzt bleiben. Ein wichtiger Schritt zu wirksamen Meeresschutzgebieten ist die grundsätzliche Zustimmung des Deutschen Bundestags zum Kabinettsentwurf des „Gesetzes zur Einschränkung der Aufsuchung und Gewinnung von Bodenschätzen in Meeresschutzgebieten“. Entscheidende Lücken im Gesetzentwurf muss der Deutsche Bundestag jedoch noch schließen, damit die Meeresschutzgebiete effektiv geschützt sind.

#### **Eine Raumplanung nach dem Ökosystemansatz**

Um dem kritischen Zustand der Meere gerecht zu werden, muss die Raumplanung in Nord- und Ostsee nach dem Ökosystemansatz neu geregelt werden. Die für 2026 vorgesehene Evaluation des Raumordnungsplans für die AWZ ist dafür die geeignete Struktur. Dem aktuellen Entwurf des

„Natürliche-Infrastruktur-Gesetzes“ folgend, muss das Instrument der Landschaftsplanung für alle deutschen Meeressgewässer verbindlich Anwendung finden.

### **Der Schutz der Meere braucht Finanzierung**

Der Schutz und die notwendige Reparatur der Meeresnatur nach EU-Wiederherstellungsverordnung kosten Geld. Nichts tun wird in jedem Fall teurer. Die Finanzierung der marinen Komponenten des nationalen Artenhilfsprogramms und des Aktionsprogramms Natürlicher Klimaschutz sind zu verstetigen und dem Meeresnaturschutzfonds der *Deutschen Bundesstiftung Umwelt* sowie der Fischereikomponente müssen auch zukünftig fünf Prozent der Auktionserlöse der Offshore-Windbetreiber nach § 58 Windenergie-auf-See-Gesetz zukommen.

### **Eine Landwirtschaftspolitik für gesunde Meere**

Die Nährstoffbelastung der Nord- und insbesondere der Ostsee verhindert die Erholung beider Meere. Bund und Länder müssen ein Sofortprogramm Meeresschutz in der Landwirtschaft mit düngerechtlichen Maßnahmen zur Verringerung der Nährstoffeinträge, wie in den regionalen Abkommen HELCOM und OSPAR sowie der MSRL vereinbart, verabschieden und die Erweiterung der Gewässerrandstreifen auf mindestens 18 Metern in den relevanten Flusseinzugsgebieten, die in Nord- und Ostsee münden, und in den Küstenstreifen umsetzen.

Berlin, den 4. Mai 2026



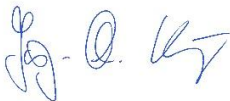
Verena Graichen, BUND-Bundesgeschäftsführerin Politik



Sascha Müller-Kraenner, DUH-Bundesgeschäftsführer



Martin Kaiser, Greenpeace Deutschland-Geschäftsführender Vorstand



Jörg-Andreas Krüger, NABU-Präsident



Heike Vesper, WWF Deutschland-Vorständin Transformation Politik & Wirtschaft